

Karzinogene Gesetze?

27.03.2008, 18:49 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Netzwerk Rauchen*

Pressemitteilung des Netzwerk Rauchen zur Pressekonferenz des DKFZ am 27.3.08 in Berlin zum Thema „Aktuelle juristische Bewertung des Nichtraucherschutzes in Deutschland“

Netzwerk Rauchen fordert Trennung von Wissenschaft und Lobbying

Heute halten das Deutsche Krebsforschungszentrums (DKFZ) bzw. das dort angliederte sogenannte „Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle“ der WHO eine Pressekonferenz zur juristischen Aspekten von Rauchverboten ab.

Netzwerk Rauchen, die führende Bundesvereinigung gegen die Diskriminierung des Rauchens erneuert daher seine Forderung an das DKFZ, wissenschaftliche Arbeit strikt zu trennen von politischem Lobbying gegen das Rauchen.

Das WHO-Kollaborationszentrum unter Leitung von Martina Pötschke-Langer betreibe so gut wie keinerlei Krebsforschung, sondern sei offiziell von der WHO dazu verpflichtet, politisches und mediales Lobbying gegen das Rauchen zu leisten. Dies könne man gut an den Einlassungen zu rechtlichen oder wirtschaftlichen Fragen erkennen, die mit Krebsforschung nichts zu tun haben.

„Frau Pötschke-Langer missbraucht den guten Namen der Forschungseinrichtung DKFZ zur politischen Propaganda.“, so Michael Löb, Bundesvorsitzender des Netzwerk Rauchen. „Die Verschwendung von Steuergeldern für sachfremde Aktivitäten des Instituts bedarf dringend der Aufklärung.“

Völlig im Dunkeln bliebe, ob es überhaupt noch eine organisatorische Trennung zwischen dem Institut und dem Kollaborationszentrum gibt, nachdem beide nach Außen auftreten, als handele es sich um ein und dieselbe Einrichtung.

Netzwerk Rauchen fragt also: Wer finanziert das juristische Gutachten des Staatsrechtlers Prof. Stern, wer bezahlt diese Pressekonferenz? Sollten dafür öffentliche Mittel verwendet worden sein, so muss das DKFZ erklären, warum Steuergelder für juristische Gutachten verschwendet werden, die zweifelsfrei nicht zum satzungsgemäßen Forschungsauftrag gehören.

Netzwerk Rauchen kritisiert an der Arbeit des Kollaborationszentrums zudem seit langem, dass bewusste Irreführung und Lügen über Passivrauchen, Belüftung oder etwa wirtschaftliche Folgen der Rauchverbote für die Gastronomie verbreitet würden.

Behauptungen über die Schädlichkeit des Passivrauchens seien kürzlich auch von der zuständigen Berufsgenossenschaft widerlegt worden.

Portrait

Netzwerk Rauchen - Forces Germany e.V. engagiert sich gegen die Diskriminierung von Raucherinnen und Rauchern,

die Reglementierung privater Lebensgewohnheiten und jede Form von Prohibition. Wir stehen für ein tolerantes Zusammenleben von Rauchenden und Nichtrauchernden.

News-ID: 199120 • Views: 1637 (Stand: 11.10.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/199120/Karzinogene-Gesetze.html>